

Antrag

an die 191. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 29. Mai 2026

Präventionen bei Stürzen

Die Zahl gebrechlicher älterer Menschen, die zu Hause gepflegt werden, nimmt stetig zu. Gleichzeitig steigen ihre Herausforderungen, ein selbständiges und mobiles Leben zu führen. Die Förderung der Prävention sowie gezielte Maßnahmen zur Unterstützung und Mobilisierung sind entscheidend, um die Lebensqualität dieser Menschen zu erhalten und ihre Abhängigkeit von intensiver Pflege so lange als möglich hinauszuzögern.

In Anbetracht des demografischen Wandels und der zunehmenden Bedeutung häuslicher Pflege sind umfassende, effizient abgestimmte Programme notwendig, die die Selbständigkeit und Mobilität älterer Menschen nachhaltig fördern. In Österreich leben 84 % der pflegebedürftigen Menschen zu Hause, wobei 45 % ausschließlich von Angehörigen betreut werden. Weitere 32 % erhalten Unterstützung von mobilen Diensten.

Historisch zeigte die Forschung in Österreich, dass sich durch multifaktorielle Präventionsprogramme (z.B. Kombination aus Bewegung, Umwelanpassung und Beratung) das Sturzrisiko um bis zu 42 % verringern lässt. Verschiedene Initiativen unterstützen nicht nur Senior:innen, sondern helfen auch Familien und Gesundheitsexpert:innen dabei, präventiv gegen die sozialen und medizinischen Folgen von Stürzen zu arbeiten.

Stürze im Alter sind ein ernstes und weit verbreitetes Problem, das durch gezielte Präventionsmaßnahmen erheblich reduziert werden kann. Programme wie "Trittsicher & aktiv" oder städtische Initiativen zeigen, wie effektiv systematische Prävention sein kann, um sowohl Sicherheit als auch Lebensqualität zu verbessern.

Viele ältere Menschen nehmen Präventionsprogramme aber aus verschiedenen Gründen nicht wahr. Gründe sind oft unzureichende Informationen über die Angebote, physische oder psychische Barrieren, eingeschränkte Mobilität sowie soziale Isolation. Zusätzlich zeigt sich, dass die Teilnahme an Programmen wie Sturzpräventionskursen oder gesundheitsfördernden Gemeinschaftsinitiativen oft vom Wissen und Interesse der Betroffenen abhängt.

Die 191. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Bundesregierung und das zuständige Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und die Sozialversicherungsträger auf, Informations-kampagnen v.a. gerade in ländlichen Gebieten zu starten und Maßnahmen zu überlegen, wie sowohl der Zugang zu den Informationen verbessert als auch Barrieren reduziert werden können.

So könnten z.B. die Hausärzt:innen sowie verschiedene Beratungsstellen in die Aufklärungsinitiativen eingebunden werden, damit diese Maßnahmen besser ankommen und einen echten Mehrwert für die Zielgruppe darstellen. Des Weiteren ist es erforderlich, Menschen ab dem 60. Lebensjahr z.B. bei Pensionsantritt über diese Maßnahmen zu informieren.